

30.10.2009

Pressemitteilung

Halbherzige Integrationspolitik der Koalition

Zwiespältig bewertet Gerd Pflaumer, Vorstandsmitglied von **AKTIONCOURAGE** e.V. – SOS Rassismus, die Behandlung des Themas Integration und Zuwanderung im Koalitionsvertrag.

Das sechsseitige Kapitel thematisiert zwar wichtige aktuelle Probleme und enthält manche erfreuliche Lichtblicke, vieles bleibt jedoch vage und ohne konkrete Lösungsvorschläge. Positiv zu bewerten sind die Ankündigung einer Weiterentwicklung des Nationalen Integrationsplans zu einem Aktionsplan mit klar definierten und zu überprüfenden Zielen, die Gründung eines Bundesbeirats für Integration (sofern er unabhängig ist), die Weiterentwicklung zeitlich befristeter Integrationsprojekte zu Regelangeboten, die Schaffung von Anreizen zum Erlernen der deutschen Sprache, das Angebot von Integrationskursen für Eltern an Kindergärten und Schulen, eine verbesserte Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse und Qualifikationen, erleichterte Zuwanderung von Fachkräften und die Aufhebung des Vorbehalts bei der UN-Kinderrechtskonvention.

Halbherzig bleibt die Koalition demgegenüber im Blick auf den Optionszwang bei der Staatsangehörigkeit, wo lediglich eine Überprüfung angekündigt wird, bei der Bleiberechtsregelung, bei der eine zeitgerechte angemessene Regelung erfolgen soll statt endlich die unmenschlichen Kettenduldungen abzuschaffen und erleichterte Ausnahmeregelungen für alte, kranke und behinderte Menschen zu schaffen, beim Asylbewerberleistungsgesetz mit der Ankündigung einer Evaluierung des unwürdigen Sachleistungsprinzips anstelle der fälligen Abschaffung und der Gewährung einer uneingeschränkten Gesundheitsversorgung, bei der in einigen Bundesländern bereits praktizierten Abschaffung der Meldepflicht öffentlicher Institutionen beim Schulbesuch von Kindern ohne regulären Aufenthaltsstatus anstelle einer Abschaffung auch für Kindergärten in öffentlicher Trägerschaft, für Sozialämter in Zusammenhang mit der Gesundheitsversorgung und für die Justizbehörden für Fälle der Ausbeutung am Arbeitsplatz. Bei der Einbürgerung sollen unverhältnismäßige Hemmnisse beseitigt werden. Es fehlt offenbar am Mut, diskriminierende Tests vor allem für einbürgerungswillige Muslime abzuschaffen. Trotz verfassungsrechtlicher Bedenken – Schutz von Ehe und Familie, Ungleichbehandlung von Nicht-Europäern – bleiben die Regelungen für den Spracherwerb vor dem Ehegattennachzug bestehen. Möglichkeiten der organisatorischen Vereinfachung, z.B. durch Ausweitung auf weitere Anbieter neben den Goethe-Instituten, werden geprüft, wobei die teils hohen Kosten weiterhin von den nachzugsbereiten Ehegatten zu tragen sind.

Das kommunale Wahlrecht bleibt Nicht-EU-Ausländern weiterhin versagt, obwohl an mehreren Stellen von der Ermöglichung gesellschaftlicher

AKTIONCOURAGE e.V. -
SOS Rassismus
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel. 0228 – 21 30 61
Fax 0228 – 26 29 78
info@aktioncourage.org
www.aktioncourage.de

Vorstand:

Bernhard von Grünberg
(Vorsitzender)
Brigitte Erler
Klaus Gabrielli
Dr. Heiner Geißler BM a.D.
Gudrun Graichen-Drück
Heiko Kauffmann
Sanem Kleff
Dr. Gerd Pflaumer
Sybille von Stocki
Klaus Stoltenberg

Kuratorium:

Marianne Birthler
Dr. Norbert Blüm BM a.D.
Dr. Nadeem Elyas
Maybrit Illner
Prof. Barbara John
Dr. Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger MdB
Cem Özdemir
Dr. Edzard Reuter
Prof. Hansjürgen Rosenbauer
Dr. Herbert Schnoor
Dr. Monika Wulf-Mathies

AKTIONCOURAGE
wird unterstützt u.a. von:
Franziska van Almsick
Dr. Franz Alt
Dirk Bach
Dieter Baumann
Dr. Alfred Biolek
Renan Demirkan
Dr. Klaus von Dohnanyi
Johannes B. Kerner
Brothers Keepers
Jürgen von der Lippe
Xavier Naidoo
Die PRINZEN
SMUDO, Die Fantastischen Vier
Günter Wallraff

Spendenkonto:
Bank für Sozialwirtschaft Köln
BLZ 370 205 00
Konto 7097 400

AKTIONCOURAGE e.V.
ist Mitglied im DPWW

Teilhabe und Ermunterung zu bürgerschaftlichem Engagement von Migranten die Rede ist. Hinsichtlich der internationalen Migrationsströme wird lediglich eine Mitwirkung Deutschlands an der Sicherstellung humanitärer Standards angekündigt. Hier hätte man sich eine Ablehnung der Einrichtung von Flüchtlingslagern in Nordafrika und deutliche Einschränkungen für die FRONTEX-Einsätze im Mittelmeer gewünscht. Die geltenden Regelungen für die Abschiebehaft werden „unter strikter Beachtung der Grundrechte“ beibehalten, wobei eine Haftdauer bis zu 1 ½ Jahren kaum mit den Grundrechten vereinbar sein dürfte. Zu bedauern ist, dass die von der EU geplante Erweiterung der Antidiskriminierungsrichtlinie rundweg abgelehnt wird. Mit keinem Wort erwähnt wird das mittlerweile von vielen Staaten auf Empfehlung von UNHCR praktizierte Resettlement-Programm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge. Hier sieht sich die Koalition offenbar nicht in der humanitär gut zu begründenden Verpflichtung.